

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Marvin Hager

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld (anwesend bis einschl. TOP 11.2.1)

Beigeordneter Detlef Schön (anwesend bis einschl. TOP 11.9.1)

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Ratsmitglied Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Yannick Lonkai

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Michael von den Berg (anwesend bis einschl. TOP 11.4.2)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Anja Mandt

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Ratsmitglied Olaf Werner

Bürgermeisterin Astrid Zaage

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer
Ratsmitglied Michael Kieseewetter
Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges
Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Thorsten Moriß (anwesend bis einschl. TOP 11.9.1)
Ratsmitglied Detlef Stump (anwesend bis einschl. TOP 11.8.3)

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtkämmerer Thomas Bruns

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereichsleitung Rechtsamt Marion Winkel-Fiedelak
Fachbereich Feuerwehr Christian Stomberg
Kaufmännische Betriebsleiterin GGS Petra Burmeister
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Judith Wilms

Protokoll

Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Manuel Baruschke
Ratsmitglied Torsten Kastrioti
Ratsmitglied Darwin Reinhard
Ratsmitglied Walther Schäfer
Beigeordneter Dr. Günther Schulte

A. Nichtöffentlicher Teil

B. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 3-6 und Seite 35

Zunächst fand der nichtöffentliche Teil der Sitzung statt.

B. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

5	Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil	
6	Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)	
6.1	Frau Petra Göttertz "Alter Deichfriedhof/Neubau Stadthalle"	
6.2	Herr Frank Ihnen "Neubau einer Stadthalle im Pumpwerkpark"	
7	Aktuelle Stunde	
8	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10	Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Block)	
10.1	Neue Schulausschussmitglieder aus dem Stadtelternrat	309/2024
10.2	Öffnung Rathhausturm	310/2024
10.3	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der Gruppe Die BUNTEN)	
11	Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat	
11.1	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt (Beigeordneter Heinemann)	
11.1.1	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) 2025.	299/2024
11.1.2	Wirtschaftsplan 2024 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	300/2024
11.1.3	Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie für die VHS/MS gGmbH	306/2024
11.2	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Ratsherr Burkhardt)	
11.2.1	Strategie Wilhelmshaven/Friesland	279/2024
11.3	Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)	
11.3.1	Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Stadt Wilhelmshaven - Verlängerung Anwendbarkeit bis 2025	292/2024
11.3.2	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Tonndeich" Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie zum fortgeschriebenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept	293/2024
11.4	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration (Ratsfrau Schröder)	
11.4.1	Errichtung eines Queeren Zentrums	305/2024
11.4.2	Antrag CDU-Fraktion: Einrichtung einer ambulanten Krebsberatungsstelle	573/2024
11.5	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz (Ratsfrau Kloster)	
11.5.1	Änderung der Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen (MinAbstandVO) vom 15.02.2017	210/2024
11.5.2	Satzung zur Durchführung eines Bürgerentscheids auf dem Abstimmungsgebiet der Stadt Wilhelmshaven	282/2024
11.5.3	Rettungsdienstbedarfsplan	295/2024
11.5.4	Änderung der Satzung der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund – Wilhelmshaven	296/2024
11.5.5	Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven -	556/2024
11.6	Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)	
11.6.1	Verabschiedung der Wohnbauflächenvermarktungsrichtlinie	206/2024
11.6.2	Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) 2023 sowie die Entlastung der Betriebsleitung	262/2024
11.7	Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)	
11.7.1	Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2024 vom Eigenbetrieb RNK	176/2024

- 11.8 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven (Ratsherr Moriße)
- 11.8.1 Jahresabschluss 2023 Technische Betriebe Wilhelmshaven **284/2024**
- 11.8.2 Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze **549/2024**
- 11.8.3 Antrag SPD-Fraktion: Änderung und Erweiterung der Friedhofssatzung **560/2024**
- 11.9 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)
- 11.9.1 Gemeinsamer Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW sowie einzelner Mitglieder des Schulausschusses: Antragstellung zur Beschulung mit dem Schwerpunkt "Emotional-soziale Entwicklung" in Wilhelmshaven **562/2024**
- 12 Anträge
- 12.1 Beratungskosten für die Kanzlei Endemann /Schmidt (auf Antrag von Ratsherrn Olaf Werner) **571/2024**
- 12.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: Korruptionsprävention/Anpassung und Überarbeitung Richtlinien **579/2024**
- 13 Einwohnerfragestunde II
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

5 Feststellung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in der vorgelegten Form festgestellt.

6 Einwohnerfragestunde I (Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde gem. § 20 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

6.1 Frau Petra Göttert "Alter Deichfriedhof/Neubau Stadthalle"

Herr Bruns beantwortete in Vertretung für Herrn Marušić die Einwohnerfragen von Frau Göttert wie folgt:

„1. Wohin werden die Toten umgebettet?

Wir sind uns der historischen Bedeutung des Pumpwerk-Parks als ehemaliger Standort des Deichfriedhofs bewusst. Der Deichfriedhof wurde jedoch vor vielen Jahren (1969) offiziell entwidmet, was bedeutet, dass die Fläche rechtlich für andere Nutzungen freigegeben ist. Nach den geltenden Pietätsregeln sind Gräber nach einer Liegefrist von 25 Jahren für weitere 25 Jahre zu schonen, bevor eine neue Nutzung erfolgen kann. Die letzte Beisetzung auf dem 1883 errichteten Deichfriedhof fand im Jahr 1936 statt, sodass diese Frist längst abgelaufen ist. Der Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg sieht in der neuen Nutzung des Geländes ebenfalls keinen Widerspruch. In ihren Augen wäre der Bau einer Stadthalle im Pumpwerk-Park möglich. Wir freuen uns über das Angebot von Pastor Frank Morgenstern, zu Beginn der Bauarbeiten eine Andacht zu halten. Dies gibt uns die Möglichkeit, noch einmal der Toten zu gedenken, die einst an diesem Ort ihre letzte Ruhe fanden, bevor wir mit der Neugestaltung des

Geländes beginnen. Wir möchten damit zeigen, dass wir auch bei neuen Projekten die Vergangenheit würdigen und respektvoll in Erinnerung behalten. Sollte es bei den Bauarbeiten widererwarten eine höhere Anzahl an Funden geben, werden diese auf den Ehrenfriedhof verlegt.

2. Welches Unternehmen führt die Umbettungen aus?

Die Arbeiten werden grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben. Firmen die für Ausgrabungen spezialisiert sind, können sich dann an einer Ausschreibung beteiligen.

3. Wer überwacht die Umbettungen?

Eine Überwachung der Ausgrabungen kann durch das Gesundheitsamt erfolgen.

4. Welche Kosten kommen auf die Stadt zu?

Eventuelle Kosten bei Funden sind für die Ausgrabung, Sondierung, Sammlung, Überführung zum Ehrenfriedhof einzurechnen. Dafür sind spezialisierte Firmen zu beauftragen. Evtl. ist ein Sammelgrab zu gestalten und mit einer Erinnerungstafel zu gestalten. Die hierfür entstehenden Kosten sind eher als gering einzuschätzen und mit einzuplanen.“

6.2 Herr Frank Ihnen "Neubau einer Stadthalle im Pumpwerkpark"

Die Beantwortung der Einwohnerfragen von Herrn Ihnen erfolgte ebenfalls durch **Herrn Bruns** in Vertretung für Herrn Marušić:

„Sollte die Abstimmung am 01.12.2024 mit einem mehrheitlichen Nein und damit FÜR den Bau der Stadthalle am Pumpwerk ausgehen:

1. Würde die Verwaltung dann, wie in der Vorlage mit der Nummer 174/2024 aufgeführt, beantragen 2,4 Millionen in den Haushalt für die oben aufgeführten Aufgaben einzuplanen - ohne dass sicher ist ob und in welcher Höhe es eine Förderung gibt?

Ja. Die Sicherheit zu der Förderung kann erst durch die Antragstellung herbeigeführt werden. Für die Antragstellung sind umfangreiche Planunterlagen erforderlich, die der Leistungsphase 3 nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) entsprechen. Insofern ist es nicht zu vermeiden, dass diese Planungskosten investiert werden, um die Förderfähigkeit feststellen zu lassen. Ergeht dann ein Förderbescheid, sind auch diese Kosten förderfähig. Bis dahin liegt das Risiko – wie auch bei allen anderen Projekten aus diesem Förderprogramm – bei der antragstellenden Kommune und somit bei den Steuerzahlenden.

2. Würden bereits in dieser Phase Baumfällungen und Erdarbeiten zur Sicherung des Baufeldes und der Erschließung von Parkplätzen durchgeführt werden?

Nein. Diese Maßnahmen gehören bereits zu den Baumaßnahmen, die erst nach der Leistungsphase 5 beginnen. „Sicherung des Baufeldes“ bzw. „Sicherung von Erschließung und Parkplätzen“ bedeutet in diesem Fall, dass die

Möglichkeiten erörtert und durch Verhandlungen vorbereitet und ermöglicht, aber noch nicht umgesetzt werden.“

7 Aktuelle Stunde

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass der Antrag die laut Geschäftsordnung vorgegebenen Voraussetzungen erfülle.

Herr Becker gab den Ratsvorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an seinen Stellvertreter, Herrn Schoolmann, ab.

Nachdem **Herr Schoolmann** kurz die Regelungen zur Redezeit bekannt gegeben hatte, trug **Herr Becker** sein Anliegen vor, das ein Video der Partei „Die PARTEI“ zum Bürgerentscheid über den Standort der neuen Stadthalle zum Gegenstand hatte und in dem unter anderem die Wählervereinigung WIN@WBV verunglimpft werde.

An der Diskussion beteiligten sich **Herr Moriße, Frau Sanchez Mengeler, Herr Tönjes, Herr Fischer, Frau Dr. Kirstges, Herr Bulla, Herr von den Berg, Herr Dr. Weithöner, Oberbürgermeister Feist** und **Herr Schön**.

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes übernahm **Herr Becker** wieder den Ratsvorsitz.

8 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Feist kündigte den Neujahrskonvent an, der am 12.01.2025 ab 11:30 Uhr in der Aula des Neuen Gymnasiums Wilhelmshaven stattfindet.

Außerdem informierte er über die Schließung des Rathauses in der Zeit vom 23.12. bis 30.12.2024. Die jeweiligen Bereitschaftsdienste seien in dieser Zeit jedoch erreichbar.

10 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Block)

10.1 Neue Schulausschussmitglieder aus dem Stadtelternrat

309/2024

Herr Block trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 25.11.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Dem Schulausschuss gehören nach § 110 Abs. 2 NSchG mindestens auch ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied der Erziehungsberechtigten an – jeweils bezogen auf die allgemeinbildenden und die Berufsbildenden Schulen. Zwei der bisherigen Mitglieder sind aus dem Stadtelternrat ausgeschieden und die Position eines stellvertretenden Mitglieds war ohnehin vakant. Das Vorschlagsrecht obliegt dem Stadtelternrat nach § 4 VO über das Berufungsverfahren für kommunale Schulausschüsse. Auf Vorschlag des Stadtelternrates vom 14.11.24 werden nun die vorgenannten Personen in den Schulausschuss berufen.

10.2 Öffnung Rathausturm

310/2024

Herr Block trug die Informationsvorlage des Verwaltungsausschusses vom 25.11.2024 vor.

Herr Tönjes wendete ein, dass das Vorhaben zwar erfreulich sei, aber ein weitaus stärkeres Augenmerk auf der Besetzung offener Stellen liegen müsse.

Beschluss: zur Kenntnisnahme

Information:

Die Verwaltung wurde mit dem Ratsbeschluss zur BV 563/2024 aufgefordert im Vorfeld der Haushaltsberatungen einen entsprechenden Beschluss einzubringen, damit die Mittel im Wirtschaftsplan GGS 2025/26 eingeplant werden können.

Seitens der Verwaltung kann hierzu mitgeteilt werden, dass die voraussichtlichen Umsetzungskosten in Höhe von ca. 25.500 Euro brutto (ohne Nebenkosten) aus laufenden Mitteln des Wirtschaftsplanes 2024 (Bauunterhaltung, Einzelmaßnahmen) finanziert werden können. Der entsprechende Beschluss und die Veranschlagung von Mitteln im WP GGS 2025/26 ist somit entbehrlich.

10.3 Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien (auf Antrag der Gruppe Die BUNTEN)

Aus Anlass des Wechsels der Mitglieder der bisherigen Gruppe „GRÜNE und GfW“ zur Gruppe „Die BUNTEN“ und Änderung des Gruppennamens in „Gemeinsam BUNT“ erfolgten folgende Neu- und Umbesetzungen:

*(Es werden lediglich die **Änderungen** dargestellt. Alle übrigen Sitze und Besetzungen bleiben unverändert.)*

Grundstücksverkehrsausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der CDU-Fraktion)

Ratsfrau Anja Mandt

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Helga Weinstock

Ratsherr Yannick Lonkai

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Petra Stomberg

Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Planen und Bauen

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsherr Horst Dieter Walzner

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Petra Stomberg

Ratsherr Walther Schäfer

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Sport

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsherr Yannick Lonkai

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Antje Kloster

Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Helga Weinstock

Ratsherr Yannick Lonkai

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Rechnungsprüfungsausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Antje Kloster

Beigeordneter Andreas Tönjes

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Helga Weinstock

Beigeordneter Andreas Tönjes

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Betriebsausschuss Krankenhaus

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsherr Walther Schäfer

Ratsherr Horst Dieter Walzner

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Jugendhilfeausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Petra Stomberg

Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Schulausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Helga Weinstock

Beigeordneter Martin Burkhart

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Verwaltungsausschuss

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Martin Burkhart (Stellvertreter Ratsherr Michael von den Berg)

Beigeordneter Andras Tönjes (Stellvertreterin Ratsfrau Helga Weinstock)

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis (Stellvertreterin Ratsfrau Petra Stomberg)

Von der Neubildung des Verwaltungsausschusses sind außerdem folgende Gesellschafterversammlungen betroffen:

- Gesellschafterversammlung Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH
- Gesellschafterversammlung Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft GmbH
- Gesellschafterversammlung Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
- Gesellschafterversammlung VHS/MS gGmbH.

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Martin Martin Burkhart

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsfrau Helga Weinstock

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Martin Martin Burkhart

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsfrau Helga Weinstock

Ratsfrau Petra Stomberg

(StellvertreterInnen sind die übrigen Mitglieder der Gruppe)

Gesellschafterversammlung JadeBay GmbH Entwicklungsgesellschaft

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der CDU-Fraktion)

Beigeordneter Uwe Heinemann (Stellvertreter Beigeordneter Martin Burkhart)

Gesellschafterversammlung Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW)

Beigeordneter Andreas Tönjes (Stellvertreter Beigeordneter Martin Burkhart)

Landschaftsversammlung der Oldenburgischen Landschaft

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW)

Beigeordneter Markus Bulla (Stellvertreter Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis)

Gesellschafterversammlung Ostfriesland Tourismus GmbH

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW)

Ratsherr Dr. Uwe Weithöner

Gesellschafterversammlung Wilhelmshaven mbH

Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle des Sitzes der CDU-Fraktion)

Ratsfrau Helga Weinstock (Stellvertreter Beigeordneter Martin Burkhardt)

Beirat Verein der Kunstfreunde

Der 3. Sitz wäre zwischen der CDU-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW auszulösen.

Herr Heinemann teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion und die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW darauf verständigt hätten, auf das Losverfahren zu verzichten und den Sitz unverändert bei der CDU-Fraktion zu belassen.

Gruppe Gemeinsam BUNT

Ratsfrau Helga Weinstock

Der Sitz der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW entfällt.

Zweckverband Gemeinsame Leitstelle Wilhelmshaven-Friesland

Der 3. Sitz wäre zwischen der CDU-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW auszulösen.

Herr Heinemann teilte mit, dass sich die CDU-Fraktion und die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW darauf verständigt hätten, auf das Losverfahren zu verzichten und den Sitz bei der CDU-Fraktion zu belassen.

Gruppe Gemeinsam BUNT

Ratsfrau Antje Kloster (Stellvertreter Beigeordneter Martin Burkhardt)

CDU-Fraktion

Bürgermeisterin Astrid Zaage (Stellvertreter Ratsherr Olaf Fischer)

Der Sitz der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW entfällt.

Beirat für das Sanierungsgebiet Wilhelmshaven – Westliche Südstadt

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Ratsfrau Antje Kloster (Stellvertreterin Ratsfrau Petra Stomberg)

Beigeordneter Andreas Tönjes (Stellvertreterin Ratsfrau Helga Weinstock)

Aufsichtsrat Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Andreas Tönjes

Ratsherr Yannick Lonkai

Beirat Volkshochschule/Musikschule gGmbH

Der 7. Sitz wäre zwischen der CDU-Fraktion und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW auszulösen.

Herr Bulla erklärte, dass sich die CDU-Fraktion und die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW darauf verständigt hätten, auf das Losverfahren zu verzichten.

Damit behält die CDU-Fraktion zwei Sitze und die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW einen Sitz.

Gruppe Gemeinsam BUNT

(anstelle der Sitze der bisherigen Gruppe Die BUNTEN und der Gruppe GRÜNE und GfW)

Beigeordneter Martin Burkhart

Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler

Aufsichtsrat Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Der 11. Sitz fiel nach Losentscheid zwischen den Fraktionen SPD, CDU, AfD und der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP/FW auf die CDU-Fraktion.

SPD-Fraktion (behält 3 Sitze)

Die Besetzung bleibt unverändert.

Gruppe Gemeinsam BUNT

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsfrau Anja Sanchez Mengeler
Ratsfrau Petra Stomberg

CDU-Fraktion (erhält 3. Sitz)

Die Besetzung der bisherigen zwei Sitze bleibt unverändert.
Beigeordneter Uwe Heinemann

Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW (verlieren einen Sitz von 3 auf 2)

Ratsfrau Dr. Angela Kirstges
Beigeordneter Dr. Günther Schulte

AfD-Fraktion (Grundmandat anstatt 1 Sitz)

Die Besetzung bleibt unverändert.

Herr Heinemann erklärte, er verzichte auf seinen Sitz in der Metropolversammlung der **Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten e.V.** zugunsten der Gruppe Gemeinsam BUNT.

Herr Tönjes teilte mit, den Sitz nehme künftig Beigeordneter **Martin Burkhardt** wahr.

Er informierte anschließend, in den Aufsichtsrat der **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH** werde anstelle von Ratsfrau Helga Weinstock **Beigeordneter Martin Burkhardt** nachrücken.

Nachdem keine weiteren Umbesetzungen beantragt wurden, wurde den vorgetragenen Neu- und Umbesetzungen bei 38 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig zugestimmt**.

Vor der Durchführung des **Zugreifverfahrens für die Ausschussvorsitze** wies **Herr Tönjes** darauf hin, dass es nach Absprache aller Fraktionen und Gruppen keine Änderungswünsche hinsichtlich der Ausschussvorsitze gebe. Somit konnte das Zugreifverfahren entfallen.

11 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

11.1 Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt
(Beigeordneter Heinemann)

11.1.1 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt **299/2024**
Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) 2025.

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 25.11.2024 vor.

Herr Bruns wies darauf hin, dass ein Beschluss heute in jedem Fall erfolgen müsse, da ein Aufschub zu einer nicht mehr rechtssicheren Veranschlagung führe.

Herr Schön signalisierte die Ablehnung der Beibehaltung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer seitens der SPD-Fraktion. Im Jahr 2014 sei beschlossen worden, diese Hebesätze zu senken. Anhand der damaligen Begründung zeigte Herr Schön auf, warum eine Senkung auch heute noch für sinnvoll erachtet werde.

Oberbürgermeister Feist machte darauf aufmerksam, dass von 10 Jahren ganz andere Voraussetzungen herrschten als aktuell. Auch der Allgemeine Wirtschaftsverband habe seine Zustimmung zu einer Beibehaltung des Gewerbesteuer-Hebesatzes als Anteil der Wirtschaft zur Stabilität des Doppelhaushaltes signalisiert.

Herr Block hielt dem entgegen, die SPD-Fraktion lege Wert auf Beschlusstreue. Aus diesem Grund **beantrage** er namens der Fraktion, den Hebesatz für die Gewerbesteuer im Jahr 2025 auf 410 v. H. und im Jahr 2026 auf 400 v. H. zu senken.

An der Diskussion über den Änderungsantrag beteiligten sich **Herr Heinemann, Herr von den Berg, Herr Werner, Herr Bruns, Herr Stoffers, Herr Ehlers, Frau Bakir-Block, Herr Schön, Oberbürgermeister Feist, Herr Bulla, Frau Stomberg** und **Herr Block**.

Der Änderungsantrag wurde anschließend bei 12 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Vor der weiteren Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung für eine **Pause von 16:36 Uhr bis 16:53 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereinstieg in die Tagesordnung meldeten sich **Herr Moriße, Frau Mandt** und **Herr Dr. Weithöner** zum Hebesatz für die Grundsteuer zu Wort.

Herr Bruns ging auf die zuvor getätigten Aussagen ein und wies darauf hin, dass der Hebesatz für die Grundsteuer bisher nicht unter dem Durchschnitt lag. Sie wurde im Rahmen der Stabilisierungshilfe bereits stark angehoben. Außerdem bleibe trotz Anhebung des Hebesatzes das Gesamtaufkommen gleich.

Herr von den Berg, Herr Ehlers und **Herr Dr. Weithöner** mahnten, die Belastungen für die Bürger so klein wie möglich zu halten und für die Zukunft mögliche Schalthebel zu nutzen.

Herr Walpurgis prophezeite einen Anstieg der Kosten der Unterkunft und des Wohngeldes aufgrund der gestiegenen Steuerbelastung. Er bat aus diesem Grund um eine Aussage über die Höhe der möglichen Belastung des Haushaltes durch diese Kosten.

Herr Bruns erklärte erneut, dass zwar der Hebesatz angehoben worden sei, die Höhe der Einnahme aber insgesamt gleichgeblieben und es damit nicht zu einer absoluten Steigerung gekommen sei. Die von Herrn Walpurgis aufgeworfene Frage könne er nicht beantworten, da hierfür keine Parameter vorlägen.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 27 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung) zum 1. Januar 2025.

11.1.2 Wirtschaftsplan 2024 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

300/2024

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 25.11.2024 vor.

Herr Block erklärte, die SPD-Fraktion werde den Wirtschaftsplan ablehnen, da dieser zum einen nicht fristgerecht vorgelegt worden sei und zum anderen die Planungen für den Neubau so nicht mitgetragen werden könnten.

Herr Brandt verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Wirtschaftsplan 2025 pünktlich vorgelegt werde.

Zwei von ihm aufgeworfene Fragen, die im Ausschuss nicht haben geklärt werden können, beantwortete **Herr Schönfelder** unter Verweis auf eine von ihm versendete Mail.

Herr Schön bezog sich auf die Anlagen zum Neubau im Wirtschaftsplan und verlieh seinem Erstaunen gegenüber der Zeitschiene für den Beginn des Rohbaus und der Kosten für das Freihalten der Baugrube von Wasser Ausdruck.

Nach dem Hinweis von **Herrn Ehlers**, er könne auf die Unterlagen im Ratsinformationssystem nicht zugreifen, unterbrach **Herr Becker** die Sitzung von **17:12 Uhr bis 17:20 Uhr**.

Nachdem die Erreichbarkeit des Ratsinformationssystems wiederhergestellt war, erfolgte die weitere Beratung des Tagesordnungspunktes.

Herr Burkhardt erinnerte an das Thema des Tagesordnungspunktes, der nicht den Klinikneubau zum Gegenstand habe. Im Übrigen halte er für die Neubauplanung die Ausgestaltung der Machbarkeitsstudie für problematisch. Dies müsse in aller Ruhe erfolgen und auf keinen Fall unter zu großem Zeitdruck.

Herr Schönfelder und **Herr Bruns** beantworteten im weiteren Verlauf Nachfragen der **Herren Hager, Ehlers, Schön** und **Heinemann** zum Wirtschaftsplan.

Herr Stoffers nannte den Wirtschaftsplan fehlerhaft und unvollständig. Aus diesem Grunde werde er diesen ablehnen.

Auf die Frage von **Herrn Moriß**, was eine Ablehnung für Folgen nach sich ziehe, wies **Herr Bruns** darauf hin, dass dieser Wirtschaftsplan durch die verspätete Beschlussfassung ohnehin keine Wirkung mehr entfalte. Er halte es für wichtiger, den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes zu beschließen.

Herr Bulla beantragte die **Vertagung** auf Januar, um die vorhandenen Fehler zu beseitigen.

Herr Block hielt den Aufwand für unzweckmäßig und empfahl, sich besser auf den Wirtschaftsplan 2025 zu konzentrieren.

Der Vertagungsantrag wurde daraufhin bei 8 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Schröder gab zu bedenken, dass der Wirtschaftsplan 2025 ebenfalls fehlerhaft sei, sollte dieser auf dem Wirtschaftsplan 2024 aufbauen.

Herr Schönfelder hielt dem entgegen, dass der neue Wirtschaftsplan nicht auf dem alten aufsetze, sondern auf dem Sanierungskonzept. Der Wirtschaftsplan 2025 werde somit auf einer neuen Datenlage erstellt. Er appelliere, den Geschäftsführer nicht ins Leere laufen zu lassen, sondern mit der Zustimmung ein Signal zu senden.

Nachdem **Herr Block** signalisiert hatte, die SPD-Fraktion bleibe bei ihrer Ablehnung, sah **Herr Walpurgis** die Verantwortung beim Aufsichtsratsvorsitzenden. Der Aufsichtsrat habe mehrfach auf die Vorlage belastbarer Pläne gedrängt. Ihm stelle sich die Frage, ob der Rat nicht hätte früher eingreifen müssen. Nun müsse der Wirtschaftsplan für 2025 so schnell wie möglich zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dem Einwand von **Oberbürgermeister Feist**, eine Zuständigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden gebe es nicht, da hier der Aufsichtsrat im Ganzen entscheide und auch kein entsprechender Antrag über den Rat eingebracht worden sei, hielt **Herr Walpurgis** entgegen, der Vorsitzende stehe aber in herausgehobener Position und hätte gegenüber der Geschäftsführung verstärkt auf deren Pflichten hinweisen müssen.

Dem anschließend von **Frau Mandt** eingebrachte Geschäftsordnungsantrag auf **Ende der Rednerliste** wurde bei 31 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich zugestimmt**.

Abschließend meldeten sich die **Herren Suberg** und **Fischer** zu Wort.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
(bei 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Dem Wirtschaftsplan 2024 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) mit einem ausgewiesenen Jahresergebnis in Höhe von - 4.646.011,88 € wird zugestimmt.

11.1.3 Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie für die VHS/MS gGmbH **306/2024**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Haushalt vom 25.11.2024 vor.

Herr Block beantragte für die SPD-Fraktion die folgende **Änderung:**

„Absatz 2, streiche:

- 1) *...sowohl über die Einführung eines Überleitungstarifvertrages bei der VHS und MS als auch eines ...“*
- 2) *Setze „des“ für „eines“.*

Nachdem **Herr Schönfelder** kurz zum Hintergrund ausgeführt hatte, wurde der Änderungsantrag bei 31 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen.**

Herr Schön zeigte sich erfreut, dass die Prämie noch in diesem Jahr ausgezahlt werden könne. Die Mitarbeiter hätten hervorragende Arbeit geleistet, trotzdem sie jahrelang unter zum Teil widrigsten Bedingungen und unter Tarifvertrag arbeiten mussten.

Auch die **Herren Heinemann** und **Walpurgis** verliehen ihrer Freude über diese Auszahlung Ausdruck. Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen hätten nunmehr zum Ziel geführt. Der Abschluss drücke nicht zuletzt die Wertschätzung der Mitarbeiter aus.

Herr Bulla bat, wenn möglich, die Auszahlung noch vor Weihnachten vorzunehmen.

Beschluss: geänderter Beschlussvorschlag
(inklusive Änderung, bei 37 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Die vorgezogene Einigung der Verhandlungskommissionen eines Tarifvertrages für die Volkshochschule und Musikschule über die Gewährung einer Inflationsausgleichsprämie wird zur Kenntnis genommen
2. Der Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 € an die Beschäftigten der Volkshochschule und der Musikschule wird unter dem Vorbehalt der Einigung ~~sowohl über die Einführung eines Überleitungstarifvertrages bei der~~

~~Volkshochschule und Musikschule als auch eines~~ **des** Tarifvertrages zur Zahlung der Inflationsausgleichsprämie zugestimmt. Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) die Nachbewilligung in Höhe von 178.600 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2024

3. Die Zahlung erfolgt unter Anrechnung bereits gewährter Inflationsausgleichszahlungen nach Maßgabe des jeweiligen Beschäftigungsumfangs ausschließlich an die Beschäftigten, die am 1.11.2024 noch bei der Volkshochschule und der Musikschule angestellt sind
4. Die Gesellschafterversammlung wird angewiesen, einen entsprechenden Beschluss zu fassen und die Geschäftsführerin zur Zahlung zu verpflichten.

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat am 27.11.2024)

11.2 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Häfen (Ratsherr Burkhart)

11.2.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland

279/2024

Bevor **Herr Burkhart** den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 11.11.2024 vortrug, gab er das Wort an Oberbürgermeister Feist ab.

Oberbürgermeister Feist ließ kurz die Entstehungsgeschichte des Beschlusses Revue passieren. Da jedoch seitens der Politik noch Klärungsbedarf bestehe, beantrage er die **Vertagung auf Januar**.

Herr Burkhart bestätigte, dies spiegele das Ergebnis im Ausschuss wider.

Herr Bulla und **Herr Block** signalisierten ihre Zustimmung.

Der Vertagungsantrag wurde daraufhin **einstimmig angenommen**.

Beschluss: vertagt

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
 3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.

4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
- II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.
- III. Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
- IV. ~~Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat über eine Fortschreibung zu entscheiden.~~ Die Strategie gilt im Rahmen einer Erprobung zunächst für zwei Jahre. Zum Ende der Erprobungsphase findet eine Evaluation statt. Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die Fortführung der Strategie.
- V. Dem Strategierat gehören an:
- Vorsitzende/r
 - Handlungsfeldverantwortliche
 - Projektleiter Regionalmanagement
 - Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
 - ~~jeweils zwei Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland~~ vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und von dem Landkreis Friesland bestimmte Mitglieder des Lenkungsausschusses Strukturwandel Kohleausstieg
- Der Lenkungsausschuss Strukturwandel Kohleausstieg bleibt für die Erprobungsphase bestehen.
- VI. Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortliche/r
Vorsitz	Dr. Eva Maria Haarmann
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karsten Oehlert
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronymus
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd Kamps
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

11.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Schön)

11.3.1 Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Stadt Wilhelmshaven - Verlängerung Anwendbarkeit bis 2025 **292/2024**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.11.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Geltungsdauer für den Nahverkehrsplan 2019 bis 2024 für die Stadt Wilhelmshaven bis zum Inkrafttreten des neuen Nahverkehrsplans, längstens bis Ende 2025, fortzuschreiben. Ziel ist die Beauftragung eines gemeinsamen Planungsbüros in der Verkehrsregion Ems-Jade, um aufgabenträgerübergreifende Aspekte einheitlich zu gestalten.

- 11.3.2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Tonndeich" Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie zum fortgeschriebenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept **293/2024**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.11.2024 vor.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen)

Der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) sowie dem fortgeschriebenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) im Sanierungsgebiet *Tonndeich* wird zugestimmt.

- 11.4 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration
(Ratsfrau Schröder)

- 11.4.1 Errichtung eines Queeren Zentrums **305/2024**

Frau Schröder trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 21.11.2024 vor.

Herr Schön signalisierte die Unterstützung der SPD-Fraktion. Es gebe jedoch noch viele andere Organisationen, die ebenfalls gute Arbeit leisteten. Hier wolle man zum nächsten Haushalt überlegen, wie auch diese eine Unterstützung erhalten könnten.

Herr Moriße erklärte, die AfD-Fraktion lehne den Vorschlag ab. Hier würde bestimmten Gruppen eine unnötige Vorrangstellung eingeräumt und damit die Gefahr der Aushöhlung traditioneller familiärer Werte geschaffen. Er forderte, mehr Wert auf Eigenverantwortung der Bürger zu legen.

Herr von den Berg dankte für die Unterstützung des Anliegens. Die Einrichtung solle eine Orientierung für Erziehende geben, wo es einen großen Bedarf gebe. Das Thema sei viel zu lange unterdrückt worden. Die Anlaufstelle leiste hier einen guten Beitrag.

Herr Berner dankte allen, die dafür stimmten. Er hielt nicht zuletzt die Partei, der Herr Moriße angehöre, für mitverantwortlich für die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung.

Herr Moriße zeigte sich verwundert über die Aussage von Herrn Berner, der sich als Demokrat bezeichne, aber andere Meinungen nicht zulasse. Herr Berner sei ein Antidemokrat der Hass und Hetze verbreite.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 18:20 Uhr bis 18:36 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die weitere Diskussion dieses Tagesordnungspunktes.

Oberbürgermeister Feist nahm Bezug auf die Aussage von Herrn Moriße, in der er Herrn Berner als Antidemokrat bezeichnet habe. Politisch sei das eine hochgradige Beleidigung und für Ihn sei Herr Berner ein aufrechter Demokrat.

Herr Moriße nahm Stellung dazu. Herr Berner hätte betont, dass er Meinungen der AFD nicht dulden würde.

Herr Berner bedankte sich beim Oberbürgermeister Feist für seine Aussage und bat darum, dass die Aussage von Herrn Moriße wörtlich ins Protokolle solle.

Frau Kloster teilte mit, dass mit dem Zentrum ein Ort geschaffen werde, der Freiheit für queer-lebende Menschen und einen Ort der Sicherheit biete.

Herr Schönfelder wollte deutlich machen, dass in der Vorlage viel Arbeit der Aids-Hilfe drinstecke. Die hätten am Konzept maßgeblich mitgearbeitet. Er sprach der Aids-Hilfe dafür seinen Dank aus. Das Zentrum sei keine Aushöhlung und Schwächung von Familien Strukturen.

Herr Brandt fragte nach, ob die finanziellen Auswirkungen geändert worden seien. **Herr Schönfelder** bestätigte dies. Die richtige Summe seien 17.500,00 Euro.

Herr Moriße teilte mit, dass er persönlich nichts gegen jegliche sexuellen Ausrichtungen habe. Seine Meinung kundzutun sei jedoch sein demokratisches Recht.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Dem Konzept zur Errichtung eines Queeren Zentrums wird zugestimmt. Die Verwaltung wird – vorbehaltlich der Bewilligung der vorgesehenen Förderung durch die „Aktion Mensch“ und der Mitfinanzierung durch den Landkreis Friesland – beauftragt, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2025/2026 und die mittelfristige Finanzplanung einzustellen und die weiteren notwendigen Schritte zu veranlassen

11.4.2 Antrag CDU-Fraktion: Einrichtung einer ambulanten Krebsberatungsstelle **573/2024**

Herr Ehlers brachte den Antrag der CDU-Fraktion ein und begründet diesen.

Daraufhin brachte **Herr Fischer** einen **Änderungsantrag** ein, der wie folgt lautete:

„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt: 1. Die Stadt Wilhelmshaven richtet eine ambulante Krebsberatungsstelle in fremder oder eigener Trägerschaft ein, die die Fördergrundsätze des GKV-Spitzenverbandes gemäß §65e SGB V erfüllt. 2. Zunächst ist prioritär eine fremde Trägerschaft (beispielsweise durch einen Verein) zu prüfen und das Ergebnis bis zum Ende des ersten Quartals 2025 zu berichten.“

Herr Moriße zeigte sich verwundert, warum die alte Krebshilfe nicht bereits vorher Unterstützung durch die Stadt erhalten habe. In Anbetracht der finanziellen Lage des Haushalts solle man hier erstmal nur einen Prüfauftrag machen um zu prüfen, ob sich das rentiere. Dem Antrag könne er so nicht zustimmen. Gegebenenfalls könne man auch eine Online-Beratungsstelle anbieten.

Frau Dr. Kirstges verwies auf den Änderungsantrag. Dieser soll die Möglichkeit bieten eine Krebsberatungsstelle über eine Förderung einzurichten. Sie bat um eine breite Zustimmung.

Auch **Herr Walzner, Frau Stomberg, Herr Hager, Herr Werner, Herr Walpurgis, Herr Tönjes, Frau Bakir-Block** und **Frau Schröder** äußerten Ihre Unterstützung. Eine digitale Beratung reiche nicht aus. Ein persönlicher Kontakt sei wichtig und es gehe um psychologische Unterstützung.

Herr Moriße teilte mit, dass er nicht gegen eine Beratungsstelle argumentiert habe. Er wolle nur klarstellen, dass man mit einem Prüfauftrag anders vorgehen könne.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Es folgte eine weitere Wortmeldung von **Herrn Walzner**, der nochmal aussagte, dass man Krebspatienten Online nicht ausreichend beraten könne.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 36 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Stadt Wilhelmshaven richtet eine ambulante Krebsberatungsstelle in fremder oder eigener Trägerschaft ein, die die Fördergrundsätze des GKV-Spitzenverbandes gemäß §65e SGB V erfüllt.

- ~~2. Dieser Beschluss ist bis zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2025 umzusetzen~~ **Zunächst ist prioritär eine fremde TrägerschaR (beispielsweise durch einen Verein) zu prüfen und das Ergebnis bis zum Ende des ersten Quartals 2025 zu berichten.**

(geändert auf Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW)

11.5 Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

11.5.1 Änderung der Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen **210/2024**
(MinAbstandVO) vom 15.02.2017

Frau Kloster brachte die Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.11.2024 ein und begründet diesen.

Herr Stump warf die Frage in den Raum, was diese Verordnung für einen Sinn habe. Spielsüchtige könnten dennoch Spielhallen finden.

Herr Ehlers und **Frau Schröder** warfen ein, dass mit dieser Verordnung versucht werden solle, Menschen vor Spielsucht besser zu schützen.

Herr Moriße teilte mit, dass es sich um eine Verordnung auf Landesebene handle. Ob diese wirksam sei, werde sich zeigen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(Bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die anliegende Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen (MinAbstandVO) vom 15.02.2017 (1. Änderungsverordnung).

11.5.2 Satzung zur Durchführung eines Bürgerentscheids auf dem **282/2024**
Abstimmungsgebiet der Stadt Wilhelmshaven

Frau Kloster brachte die Beschlussvorlage aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.11.2024 ein und begründet diesen.

Herr Moriße teilte mit, dass die AFD-Fraktion Bürgerentscheide begrüße.

Herr Burkhardt stellte folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Im Jahre 2020 habe es bereits ein Bürgerbegehren gegeben. Warum wurde dort nicht bereits eine Satzung erstellt?
2. Warum wurde die Satzung so spät eingebracht?

3. Ist die Satzung Pflicht? Laut NkomVG könne ein Bürgerentscheid auch ohne so eine Satzung durchgeführt werden.
4. Wenn die Satzung heute beschlossen werde, sei diese noch zeitlich rechtzeitig in Kraft getreten?
5. Der VA wird hiermit als sogenannter Wahlausschuss gezogen. Als zukünftiges Mitglied des Verwaltungsausschusses hätte ihn eine Vorabinformation interessiert und er nicht nur über eine Satzung informiert worden wäre.

Herr Schönfelder übernahm die Beantwortung. Das vergangene Bürgerbegehren habe nicht in einer Bürgerentscheidung gemündet, sondern sei durch einen Ratsbeschluss abgewehrt worden. Für die Satzung habe man sich entschieden, da es andere Kommunen teilweise ebenso machen und wir somit für zukünftige Bürgerbeteiligungen einen sicheren Rechtsrahmen schaffen. Man habe sich mit dem Ordnungsamt abgestimmt. Nach der Entscheidung muss dies schnell verkündet werden, damit dies sofort in Kraft treten könne. Der Verwaltungsausschuss fungiere als Abstimmungsausschuss. Das sei ein Organ, dass nur Zweifelsfragen kläre und nicht in die Vorbereitung eingebunden sei.

Herr Brandt bat um Klärung ob die Satzung schon für diesen Bürgerentscheid gelte.

Frau Winkel-Fiedelak teilte mit, man habe damit eine allgemeingültige Satzung und vom Verwaltungsausschuss eine Vorgabe der Methode. In jedem Fall werde das was spätestens ab Monat im Wahlamt passiere vom Beschluss des Verwaltungsausschusses und der Satzung abgedeckt sein.

Herr Burkhart zeigte sich über den Zeitkorridor überrascht. Er bat darum die Vorlagen zukünftig rechtzeitig einzusteuern.

Herr Schönfelder verwies darauf, dass die letzte Ratssitzung am 23.10.2024 stattfand und es somit keine andere Möglichkeit zur Abstimmung gegeben habe, als in dieser aktuellen Ratssitzung

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten „Satzung zur Durchführung eines Bürgerentscheids auf dem Abstimmungsgebiet der Stadt Wilhelmshaven“ zu.

11.5.3 Rettungsdienstbedarfsplan**295/2024**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.11.2024 vor.

Herr Moriße teilte mit, dass man der Vorlage zustimmen müsse.

Frau Mandt, Herr Hager und **Herr Burkhardt** äußerten ebenfalls Zuspruch und dankten den Mitarbeitenden, die trotz Unterdeckung die Leistung aufrechterhalten haben.

Herr Burkhardt vermisste jedoch Informationen im Rettungsbedarfsplan, über die weiteren Maßnahmen die bis 2026 aus dem Rettungsbedarfsplan umzusetzen seien

Die Frage wurde von **Herrn Stromberg** wie folgt beantwortet. Weitere Ergebnisse seien die Reduzierung der Wagenstandorte auf 2 für die Notfallrettung, sowie die Prüfung der gemeinsamen Beschaffung und Fahrzeugstellung.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den
Rettungsdienstbedarfsplan in der Fassung vom 16. September 2024.

11.5.4 Änderung der Satzung der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund – Wilhelmshaven**296/2024**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.11.2024 vor.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 35 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen)

Der Rat stimmt der Satzungsänderung der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund - Wilhelmshaven zur Ergänzung des Aufgabenbereichs der Geschäftsführung und zur Änderung des Stiftungssitzes zu.

11.5.5 Antrag Gruppe "Die BUNTEN": Ökologische Aufwertung und Klimaanpassung in Wilhelmshaven - Konzepte, Förderung und Errichtung von Mini-Wäldern und Hitzeschutzmaßnahmen in Wilhelmshaven - **556/2024**

Herr Tönjes teilte mit, dass die Gruppe „Die BUNTEN“ den Antrag zurückziehe.

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von sechs Monaten (Sitzung des Rates im Februar 2025) geeignete städtische Flächen zu identifizieren, die für die Errichtung von Mini-Wäldchen (Tiny Forests) z.B. nach dem Vorbild der Miyawaki-Methode geeignet sind. Dabei sollen insbesondere Flächen berücksichtigt werden, die im Rahmen des bereits beschlossenen Entsiegelungsprogramms verfügbar gemacht werden können.

2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, innerhalb derselben Frist ein Konzept zur ökologischen und klimatischen Aufwertung von Flächen zu entwickeln. Das Konzept soll zudem folgende Punkte beinhalten:

a. Hitzeschutzkonzept: Entwicklung eines Hitzeschutzkonzepts für die Stadt Wilhelmshaven, das Maßnahmen zur Reduzierung des Hitzeinseleffekts, die Schaffung von kühlen Rückzugsorten und die Integration von grünen Infrastrukturen vorsieht.

b. Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität und Biodiversität: Förderung der biologischen Vielfalt und Verbesserung der Luftqualität durch gezielte Bepflanzung.

c. Regenwasserbewirtschaftung: Integration von Strategien zur Regenwasserbewirtschaftung, einschließlich der Nutzung von entsiegelten Flächen zur Verbesserung der Wasseraufnahme und -speicherung. (Schwammstadt)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, das erarbeitete Konzept nach Ablauf der Frist dem Rat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Um die nachhaltige Finanzierung des Projekts sicherzustellen, werden die hierfür benötigten finanziellen Mittel aus dem Kohlestrukturfonds sowie anderen möglichen Förderprogrammen beantragt und verwendet.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die lokale Bevölkerung aktiv in die Planung und Umsetzung einzubeziehen, um das Bewusstsein für Klimaschutz und ökologische Stadtentwicklung zu stärken.

6. Die Fortschritte und Ergebnisse des Projekts werden nach Beschlussfassung mindestens vierteljährlich dem Rat der Stadt Wilhelmshaven vorgestellt, um Transparenz und eine kontinuierliche Bewertung sicherzustellen.

7. Die Verwaltung stellt bis zur Sitzung des Rates im September 2024 eine Projektplanung vor.

11.6 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsfrau Mandt)11.6.1 Verabschiedung der Wohnbauflächenvermarktungsrichtlinie**206/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven und Brandschutz vom 05.09.2024 vor.

Herr Tönjes meldete sich zu Wort. Man werde sich der Richtlinie nicht in den Weg stellen. Der Gruppe „Die BUNTEN“ hätten jedoch gerne noch Aspekte der sozialen Verantwortung mit drin gehabt. Man werde sich enthalten.

Herr Schön teilte mit, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen)

Der Verabschiedung der Richtlinie zur Veräußerung von städtischen Wohnbaugrundstücken – Wohnbauflächenvermarktungsrichtlinie - der Stadt Wilhelmshaven wird zugestimmt.

11.6.2 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) 2023 sowie die Entlastung der Betriebsleitung**262/2024**

Frau Mandt trug den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven und Brandschutz vom 07.11.2024 vor. Sie sprach den Mitarbeitenden und der Betriebsleitung ihren Dank aus.

Weitere Wortmeldungen folgten von **Herrn Tönjes**, **Herrn Schön** und **Herrn Fischer** die ebenfalls ihren Dank für die Mitarbeitenden und die Betriebsleitung äußerten.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 28 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen)

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zum 31.12.2023 wird gemäß Abschlussprüfung der Treuhand Weser-Ems GmbH im Auftrag des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Wilhelmshaven mit einem Jahresergebnis von **16.637.469,49 €** festgestellt. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls der Rechenschaftsbericht festgestellt.

Das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2023 ist wie folgt zu verwenden: In 2023 sind Rahmen der Eigenkapitalverzinsung **1.180.277,09 €** an den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven abzuführen. Der Betrag von **3.452.667,90 €** wird der ordentlichen, der Betrag von **12.004.524,50 €** der außerordentlichen Rücklage zugeführt.

2. Gemäß § 33 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

11.7 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Stoermer)

11.7.1 Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2024 vom 176/2024
Eigenbetrieb RNK

Herr Störmer trug den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Krankenhaus vom 30.10.2024 vor.

Herr Brandt werde der Vorlage nicht zustimmen, da diese viel zu spät zur Verfügung gestellt worden sei. Das deute nicht daraufhin, dass er mit den Mitarbeitenden des Klinikums nicht zufrieden gewesen sei. Er äußerte den Mitarbeitenden seinen Dank.

Auch **Herr Block** teilte mit, dass die SPD-Fraktion den Wirtschaftsplan ablehnen werde.

Herr Bruns führte aus, dass hier ein Kreditrahmen für Liquiditätskredite bestätigt werde. Damit sei man rechtlich sicher, wenn man dem Wirtschaftsplan zustimme. Der Wirtschaftsplan werde für die Haushaltslose Zeit im nächsten Jahr benötigt.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(bei 19 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen)

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2024 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird für 2024 auf 0 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 8 Mio. € festgesetzt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung wird auf 0 € festgesetzt.

11.8 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Moriße)

11.8.1 Jahresabschluss 2023 Technische Betriebe Wilhelmshaven

284/2024

Herr Moriße trug den Beschlussvorschlag aus dem Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.11.2024 vor.

Frau Mandt bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion bei den Mitarbeitenden und der Betriebsleitung für die geleistete Arbeit.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 29 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen)

1. Der Jahresabschluss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) zum 31.12.2023 wird gemäß Abschlussprüfung der Göken, Pollak und Partner Treuhandgesellschaft mbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, mit einem Jahresfehlbetrag von 315.376,97 € beschlossen (festgestellt).
2. Der Lagebericht wird gleichfalls festgestellt.
3. Gemäß § 35 der Niedersächsischen Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.
4. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 315.376,97 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

11.8.2 Antrag der SPD- Fraktion: Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze **549/2024**

Frau Holtz brachte den Antrag der SPD-Fraktion inkl. eines Änderungsantrags ein und begründete diesen.

Der geänderte Beschluss solle lauten:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
es sollen Fahrradbügel für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze aufgestellt werden. Dafür sollen in der Haushaltsplanung 2025/26 pro Jahr jeweils 10.000 Euro eingestellt werden.“*

Herr Stump erinnerte sich, dass der Antrag in der letzten Ratssitzung durch die Gruppe „die BUNTEN“ vorgestellt worden sei und wunderte sich, dass nun der gleiche Antrag durch die SPD-Fraktion eingebracht werde. Er fragte nach, ob sich etwas an der Finanzierungslage geändert habe.

Oberbürgermeister Feist teilte mit, dass der Ursprungsantrag gar keine Summe enthalten habe. Das sei nun nachgereicht worden.

Frau Mandt kritisierte, dass die Örtlichkeiten nicht rausgenommen wurden. Diese sollten nicht konkret benannt werden. Das mache ihr die Zustimmung schwierig und sie müsse den Antrag so ablehnen.

Herr Burkhart teilte mit, dass ihm das bezüglich der Örtlichkeiten zu allgemein gehalten sei. Zusätzlich sei ihm die Summe zu hoch. Dem Antrag könne er nicht zustimmen.

Herr Dr. Weithöner warb für den Antrag. Den genannten Betrag empfinde er nicht als viel. Er bat die SPD-Fraktion darum, dass der letzte Absatz der Begründung gestrichen werden solle.

Herr Moriße bezweifelte, dass Fahrradbügel die Verkehrssicherheit fördern. Der Betrag könne in bessere Radwege investiert werden. Dem Antrag könne er nicht zustimmen.

Frau Holtz brachte gerichtet an den Einwand von Frau Mandt eine weitere Änderung ein. Der geänderte Antrag solle nun wie folgt lauten:

*„Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
es sollen Fahrradbügel beispielweise für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze aufgestellt werden. Dafür sollen in der Haushaltsplanung 2025/26 pro Jahr jeweils 10.000 Euro eingestellt werden.“*

Herr Bruns teilte mit, dass das in den Wirtschaftsplan TBW eingebaut werden müsse. Er gehe davon aus, dass die 10.000 Euro dann umgewidmet werden müssen um den Wirtschaftsplan TBW nicht weiter zu belasten.

Frau Mandt teilte mit, dass Sie davon ausgehe, dass noch viele Anträge zum Haushalt eingehen werden.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 26 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1er Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: mehrheitlich zugestimmt
(inklusive Änderung, bei 24 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,
es sollen Fahrradbügel **beispielweise** für das Nautimo, Veranstaltungen auf dem Gelände, sowie für alle öffentlichen Gebäude, Tochtergesellschaften und öffentlichen Plätze aufgestellt werden. **Dafür sollen in der Haushaltsplanung 2025/26 pro Jahr jeweils 10.000 Euro eingestellt werden.**

(geändert auf Antrag der SPD-Fraktion)

11.8.3 Antrag SPD-Fraktion: Änderung und Erweiterung der Friedhofssatzung **560/2024**

Herr Hager zog den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Beschluss: zurückgezogen

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Friedhofssatzung wie folgt:

Änderung

§16 (8) Grabmale, Einfassungen oder sonstige bauliche Anlagen jeglicher Art dürfen nicht errichtet werden. Bei Baumwahlgrabstätten sind verwelkte Blumen von dem Nutzungsberechtigten zu entfernen.

Neu:

§19 (5) Dekorationselemente wie Bilder, Kerzen und andere kleine Elemente der individuellen Erinnerungs- und Trauerkultur werden auch auf Gemeinschaftsanlagen und Baumgrabstätten geduldet, insofern sie nicht die Zugänglichkeit der Grabstätte, das gepflegte Erscheinungsbild dieser oder in sonstiger Weise stören.

§19 (6) Ist das Abräumen von Dekorationen durch die Friedhofsverwaltung erforderlich, ist dies 48 Stunden vor Beginn der Maßnahme durch diese formlos über ein Informationsschild an der Grabstelle anzukündigen. Dies gilt nicht für verwelkte Blumen, ausgebrannte Kerzen und solche Dekorationen, von der eine Gefahr oder eine grobe Störung des Friedhofsbildes ausgeht.

§19 (7) Bei der Auswahl einer Grabstätte sind die Vertragsunterzeichner gegen Unterschrift darüber zu informieren, dass die individuelle Gestaltung von Grabstätten bei Gemeinschaftsanlagen und Baumgrabstätten nicht vorgesehen ist.

11.9 Schulausschuss (Ratsherr Ehlers)

11.9.1 Gemeinsamer Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW sowie einzelner Mitglieder des Schulausschusses: Antragstellung zur Beschulung mit dem Schwerpunkt "Emotional-soziale Entwicklung" in Wilhelmshaven **562/2024**

Herr Bulla brachte den Antrag den gemeinsamen Antrag der Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW sowie einzelner Mitglieder des Schulausschusses ein und begründete diesen.

Nach einer Wortmeldung von **Herrn Stump**, teilte **Frau Mandt** mit, dass Sie sich enthalten werde, obwohl Sie das Angebot für notwendig halte. Sie habe den Eindruck, dass der Wirtschaftsplan GGS keinen Spielraum für die Einrichtung solch eines Gebäudes habe.

Frau Schröder, Frau Stomberg und **Herr Burkhart** äußerten sich positiv zum Antrag. **Herr Burkhart** stellte die Frage an die Verwaltung ob es schon eine Anfrage an die Landesschulbehörde gegeben habe mit einer Auskunft, wie diese dazu stehe. Zusätzlich wollte er wissen ob es schon eine Kostenkalkulation für den Haushalt gäbe, falls ein privater Träger das übernehmen sollte.

Herr Schönfelder teilte mit, dass er sich diese Fragen im Schulausschuss gewünscht hätte. Er könne heute dazu keine Aussage machen.

Auch **Frau Weinstock** und **Herr Ehlers** teilten mit, dass Sie für den Antrag stimmen wollen.

Beschluss: einstimmig zugestimmt
(bei 34 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Landesschulbehörde eine Genehmigung zu bewirken, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Schwerpunkt Emotional-Soziale Entwicklung ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt in Wilhelmshaven beschult werden können.

Falls eine staatliche Schule nicht umsetzbar sein sollte, ist eine staatlich anerkannte Ersatzschule in privater Trägerschaft gemäß Artikel 7, Abs. 4 und 5 GG sowie der entsprechenden §§ des NSchG zu beauftragen, die alle Genehmigungsvoraussetzungen des NSchG erfüllt.

Der Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven hat für mögliche Aus- und Umbaumaßnahmen ab dem Haushalt 2025ff Ressourcen bereitzustellen.

12 Anträge

12.1 Beratungskosten für die Kanzlei Endemann /Schmidt (auf Antrag von Rats Herrn Olaf Werner) **571/2024**

Herr Werner teilte mit, dass die Antworten nicht so erfolgt sind, wie er sich das gewünscht habe. Die Antworten würden nicht seinem Informationsverlangen entsprechen. Die Antworten seien nicht geeignet um zu prüfen ob das Beteiligungsmanagement seinen Steuerungsaufgaben nachgekommen sei und den Rat frühzeitig, richtig und umfassend informiert habe. Es solle nun eine

neutrale Stelle die Frage klären und er werde den Vorgang an die Kommunalaufsicht weitergeben.

Herr Bulla teilte mit, man wolle die Stadtverwaltung beauftragen ein Ausschreibungsverfahren für eine externe rechtliche Begutachtung zu Einzelfragen zu initiieren. Er hoffe auf Zustimmung.

Herr Bruns teilte mit, dass er ein Gespräch angeboten habe. Die Fragen seien laut seiner Ansicht vollständig und eindeutig beantwortet worden. Er habe angeboten, dass man drüber reden könne, wenn Nachschärfungsbedarf bestehe. Das Angebot wurde nicht angenommen. Nun solle stattdessen ein weiterer Externer beauftragt werden.

Oberbürgermeister Feist teilte mit, er habe erhebliche Zweifel, ob der Antrag den Herr Bulla gerade eingebracht habe jetzt beschlossen werden könne. Sollte es zur Abstimmung kommen, werde er es nochmal rechtlich überprüfen lassen. Sollte es nicht Ordnungsgemäß sein, würde er Einspruch einlegen. Inhaltlich schließe er sich den Worten von Herrn Bruns an.

Herr Schönfelder teilte mit, dass der Antrag weit über die Beauftragung der Kanzlei Endemann und Schmidt hinausgehe. Seine bitte wäre, ob man nicht nochmal eine Runde drehen könne. Der Antrag könne vorab zur Prüfung gegeben werden.

Frau Kloster sagte, dass nichts schriftlich vorläge. Man müsse erst den VA einberufen. Der Antrag sei nicht vorberaten und auch die Öffentlichkeit habe das Recht den Antrag vorab zu sehen. Sie glaubte nicht, dass man heute so abstimmen dürfe.

Herr Block würde sich wünschen, dass wie von Herrn Schönfelder vorgeschlagen, der Antrag noch eine Runde drehe. Dem Vorschlag stimmte **Herr Bulla** zu.

Herr Werner teilte mit, dass er den Bürgerinnen und Bürgern gerecht werde, in dem er die Möglichkeit zur Überprüfung wahrnehme.

12.2 Antrag Gruppe Die BUNTEN: Korruptionsprävention/Anpassung und Überarbeitung Richtlinien **579/2024**

Herr Tönjes zog den Antrag der Gruppe „Die BUNTEN“ **zurück**.

13 Einwohnerfragestunde II
[Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates]

Da keine Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

gez.

Feist
Oberbürgermeister

gez./gez.

Rogel / Ajwasow
Protokoll